

Kleine Anfrage 2036

des Abgeordneten Christoph Schulze
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Standarderprobungsgesetz des Landes Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in der 4. Wahlperiode einen Sonderausschuss zur Überprüfung von Normen und Standards eingesetzt. Nach dem Abschlussbericht wurde ein Brandenburgisches Standarderprobungsgesetz im Landtag Brandenburg verabschiedet. Gemäß diesem Standarderprobungsgesetz haben Kommunen die Möglichkeit, den Abbau von Normen und Standards zu beantragen bzw. abweichend von geltenden Gesetzen sich um Zuständigkeiten zu bemühen, um ihr Verwaltungshandeln effektiver zu gestalten. Das entsprechende Gesetz wurde am 28. Juni 2006 im Amtsblatt verkündet und feiert nunmehr zehnjähriges Bestehen. Aus diesem Grunde ist es von Interesse, eine Bestandsaufnahme zu machen und herauszufinden, welche Effekte dieses Gesetz entwickelt hat. Im Rahmen des Abschlussberichtes des Sonderausschusses und im Rahmen der Gesetzesverhandlungen wurde es als großer Erfolg und gute Möglichkeit zum Abbau von Normen und Standards im Land Brandenburg bewertet. Die entscheidende Frage ist, ob diese Hoffnung in Erfüllung gegangen ist.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Ist das Ziel des Gesetzes, Bürokratieabbau zu erproben, erfolgreiche Modelle landesweit zur Anwendung zu bringen, erfolgreich gewesen, wenn ja, an welchen konkreten Beispielen in welchen konkreten Fällen?
2. Welche Rechtsvorschriften wurden modifiziert angewendet, um unternehmerisches Handeln und Existenzgründungen zu erleichtern und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern?
3. Welche Rechtsvorschriften wurden modifiziert angewendet, um die Verwaltungsverfahren zu beschleunigen und Kosten für Unternehmen, Bürger und die Verwaltung zu senken?
4. Welche Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene konnten mit Hilfe dieses Gesetzes erweitert werden und insbesondere die Herausforderung des demografischen Wandels vor Ort mit flexiblen und örtlich angepassten Lösungen erfolgreich zu begegnen?
5. Wie viel Anträge auf abweichende Anwendung landesrechtlicher Vorschriften bzw. Abweichung von Normen und Standards sind vom 28. Juni 2006 bis zum 28.

Juni 2016 insgesamt gestellt worden? Wie viele dieser Anträge wurden positiv beschieden, wie viele Anträge wurden abgelehnt?

6. Welche konkreten Abweichungen von landesrechtlichen Standards wurden beantragt? Hier bitte eine konkrete Liste vollständig und in terminlicher Reihenfolge, welche Anträge auf abweichende Anwendung landesrechtlicher Standards gestellt wurden und auch von welchem Antragsteller.
7. Hat sich die Frage der Genehmigung für höchstens vier Jahre als vorteilhaft erwiesen?
8. Wie viel Anträge zur Erprobung einer orts- oder bürgernahen Aufgabenerfüllung hat es gegeben? Welche Anträge wurden gestellt? Wie wurden sie beschieden? Bitte als Liste. Wie viele davon wurden in öffentlich-rechtlicher Vereinbarung übertragen?
9. Gab es öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, die dann am Ende von der zuständigen obersten Landesbehörde nicht genehmigt wurden?
10. Wie viele Anträge von Schulträgern nach § 6 des o. g. Gesetzes zu selbständigen Budgetbewirtschaftung der Personalmittel hat es gegeben? Wie viele Anträge wurden genehmigt, von welchen Antragstellern, mit welchem Finanzumfang?
11. Wie viele Anträge zu § 8 des Gesetzes – im Hinblick auf Denkmalschutz hat es gegeben? Wer waren die Antragsteller, wie wurden die Anträge beschieden? Welche Erfolge sind vorzuweisen?
12. Wie viele Landesgesetze gab es am 31.12.2005 in Brandenburg? Wie viele Rechtsverordnungen der Landesregierung gab es am 31.12.2005 in Brandenburg? Wie viele Verwaltungsvorschriften gab es am 31.12.2005 in Brandenburg?
13. Wie viele Landesgesetze gab es am 31.12.2015 in Brandenburg? Wie viele Rechtsverordnungen der Landesregierung gab es am 31.12.2015 in Brandenburg? Wie viele Verwaltungsvorschriften gab es am 31.12.2015 in Brandenburg?